

Zösener Zeitung.

Einnundneunziger Jahrgang.

Nr. 416.

Was Echtheit auf dieses täglich erscheinende Blatt betrifft, so ist es hiermit bestätigt, dass es ganz Deutschtum ist und kein Ausländer ist.

Amtliches.
Berlin, 16. Juni. Der König hat den Pfarrer Kühn an der St. Georgenkirche in Frankfurt a. O. zum Superintendenten der Diözese Frankfurt a. O. ernannt.
Der König hat dem Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. Thiel auf Rosenthal im Amt Peine das Adelsprädikat verliehen.
Die Privatdozenten Dr. Küchner und Dr. Oberst zu Halle a. S. sind zu außerordentlichen Professoren in der medizinischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung.

Berlin, 16. Juni. Am Tische des Bundesraths: Fürst Bismarck, v. Bötticher, Dr. v. Schelling, Maybach.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Ein gegangen ist eine Novelle zum Zolltarif und eine Vorlage,

betr. die Zuckertaxe.

Abg. Richter (Hagen) erucht den Präsidenten, durch eine Zusammenkunft der Senioren des Hauses feststellen zu lassen, wie lange denn überbaut das Haus noch tagen soll.

Der Präsident erklärt sich hierzu bereit.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und genehmigt ohne Debatte in dritter Beratung den Entwurf, betr. den Abgang aus dem vom Großen Generalstaate verfaßten Werke „Der deutsch-französische Krieg 1870-71“, sowie das Gesetz, betr. die Einziehung der Reichssassenscheine vom 11. Juli 1874.

Es folgt die zweite Beratung der Unfallversicherungsvorlage.

S 1 handelt von dem Umfang der Versicherung, von der Ausdehnung d. Kreise, auf welche die Versicherung sich erstrecken soll.

Absatz 1 des Paragraphen lautet: „Alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Gräberen (Gruben), auf Werken und Bauböden, sowie in Fabriken und Güternwerken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark nicht übersteigt, werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes versichert.“

Die Abg. Barth und Genossen beantragen hinter dem Worte „Güternwerke“ einzufügen „bei der gewerblichen Förderung von Personen und Gütern zu Lande oder auf Binnengewässern, im Handwerk, im Speicher- und Kellereibetrieb in der Land- und Forstwirtschaft.“

Abg. Bebel und Genossen beantragen folgende Fassung des S 1:

„Alle gewerblichen, gegen Lohn und für Rechnung Anderer beschäftigten, sowie alle forst- und landwirtschaftlichen, ebenso alle in Fabriken und jeder Art von industriellen Betrieben, auf Werken und bei der Schiffahrt und Fischerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen werden gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetzes versichert.“

Nach einer Empfehlung des Kommissionssatzes durch den Beichterstatter Abg. Freiherrn v. Hertling erhält das Wort

Abg. Krämer (Sozialdemokrat) zur Vertheidigung des Bebel'schen Antrags. Der Entwurf der Regierung und der Kommission steht die Arbeiter in zwei gesonderte Parteien. Wir unsererseits vermögen keinen Unterschied zu machen zwischen einem Handwerksmeister und einem Fabrikarbeiter. Der einzige Vortheil, den das Gesetz bietet, der aber durch die Mangelhaftigkeit anderer Befürchtungen sofort aufgehoben wird, ist der, daß die leidige beim Haftpflichtgesetz zu so viel Weiterungen Anlaß gebende Frage, ob verübt oder nicht, durch dieses Gesetz beseitigt wird. Aber wie groß sind die Schattenseiten der Vorlage. Wie kommen denn die Arbeiter dazu, 18 Wochen hindurch aus ihren eignen Hilfslässen sich zu unterstützen? Die Fabrikanten, die jetzt schon ihre Arbeiter auf eigne Kosten versichert haben, zeigen, daß die Industrie sehr wohl im Stande ist, die Versicherungslosen zu tragen. Die Unfälle, denen die Arbeiter unterliegen, erfolgen doch in dem im Interesse der Arbeitgeber geleisteten Dienste. Eine Schädigung des Handwerks würde es vollends bedeuten, wenn das Kleingewerbe in das Gesetz nicht mit herangezogen würde, denn dann würden die besseren Arbeiter sich noch mehr als jetzt den Fabriken zuwenden, denn dort würden sie Versicherung gegen Unfälle finden, bei den Handwerksmeistern aber nicht. Schon dieser Grund müßte die Konservativen, die „Freunde des Handwerks“ veranlassen, unserem Antrag zuzustimmen. — Die Ausführung unseres Antrages dürfte bezüglich der Fischerei einige Schwierigkeiten bieten, da nur schwer eine Berufsgenossenschaft der Fischer zu Stande kommen kann. Aber die Schuld an dieser Schwierigkeit tragen nicht wir, sondern die anderen Parteien, die die Reichsversicherung abgeschafft haben. Wenn es Ihnen wirklich darum zu thun ist, uns den Boden der Agitation zu entziehen, so nehmen Sie unseren Antrag an. — Da wir aber fürchten, daß unser Antrag kaum die Majorität erhalten wird, so haben wir noch einige Abänderungsanträge zu den einzelnen Absätzen des S 1 gestellt. Sie können uns also nicht den Vorwurf machen, daß wir nur negativ zu Ihren Vorlagen verhalten.

Abg. Dr. Barth: Die vier Hauptpunkte der Vorlage sind bereits in der ersten Beratung diskutirt und meist abschließend beurtheilt worden. Ein wesentlicher Punkt ist die Frage des Versicherungszwanges. Wenn wir zu der Besteuerung des Versicherungszwangs keine Gegenanträge gestellt haben, beweist keineswegs, daß wir für diesen Zwang sind. Im Gegenteil, ich halte den Versicherungszwang für durchaus nicht glücklich. Eine zweite Schattenseite des Entwurfs ist die geringe Ausdehnung der Versicherung, die die Kommission beschlossen hat. Wenn wir uns aber auf die Basis des Versicherungszwanges gestellt haben, so geschah es weil wir durch dieses Entgegenkommen eine Verbesserung der Vorlage ihrerseits erzielen zu können hoffen. Wenn man die großen Hoffnungen hat, die mit dieser Vorlage, welche die soziale Notbefreiung sollte, erregt werden, so muß man doch sagen, daß das Gesetz lange nicht weit genug geht. Unser Antrag führt daher eine Reihe weiterer Berufskategorien ein, denen wir die Wohlthaten des Gesetzes zu Theil werden lassen wollen. Sie werden zugeben, daß in den vier genannten Kategorien wirklich ein solches Bedürfnis vorliegt. In der ersten Lesung haben die konservativen

Dienstag, 17. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgeschaltete Zeitung ober deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1884.

Mitglieder der Kommission der Einbeziehung der einen Kategorie, der Land-Forstarbeiter, bereits zugestimmt. Das wir die Arbeiter im Handwerk mit einbeziehen wollen, ist doch ganz natürlich — ist denn ein Schmied in einer Fabrik mehr einem Unfall ausgesetzt, als der Schmied mit bloßen Handwerksbetrieb? Das ist doch eine gesetzliche Anomalie. Der Wahrheit nach mußte dieses Gesetz einen ganz anderen Titel haben und lauten „Gesetz zur Einführung von Zwangs-Berufsgenossenschaften.“ Und deshalb, weil die Berufsgenossenschaften nicht auf allen Gebieten durchführbar sind, haben Sie sich auf die geringe Auswahl von Arbeiterkategorien beschränkt. Wir halten das Gesetz in seiner vorliegenden Fassung für verderblich, hoffen aber, daß Sie unserem Antrage zustimmen, und daß wir dann konsequenterweise auch eine Änderung der Berufsgenossenschaften durchsetzen können. — Die Genossenschaften können sehr leicht den Fabrikarbeiter gefährlich werden; sie werden Genossenschaften ohne genossenschaftlichen Charakter sein. Und weshalb nun diese neue, nirgend bisher vorhandene Einrichtung von Berufsgenossenschaften? Es liegt gar kein Grund dazu vor. In der ersten Lesung hat in der Kommission Abg. Oedelhäuser mit großer Beredsamkeit nachgewiesen, daß man die Privat-Versicherungsgesellschaften nicht fallen lassen darf — und in der zweiten Lesung hat er es dann doch gethan (hört, hört! links). Grüne dafür haben wir nicht gehört, aber nach dem neuesten Programm genügt ja seit Sonnabend wenigstens die Überzeugung und der Glaube — das ist die Verwendung der Glaubenslebten des praktischen Christenthums in der Beweisführung. (Sehr gut! links.) Als Grund für diese Genossenschaften und gegen die privaten Versicherungsgesellschaften hat man gemeint, die große Zahl der Prozesse, welche jetzt nötig machen, anführen zu können. Aber die Zahl der Prozesse wird dadurch nicht verminder, wohl aber die Zwangsgenossenschaft niemals die Versicherung so gut ausüben, wie die Privatgesellschaft. Auch dieser Grund also ist nicht stichhaltig und ich bitte Sie daher um Annahme unseres Antrages. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hirsch: Schon bei Beratung des Haftpflichtgesetzes votirten alle Parteien dieses Hauses auf Ausdehnung der Haftpflicht-Bestimmungen. Ich erinnere Sie an den ersten Antrag Buhl, welcher vom Antragsteller und seiner Partei sehr gut aufgegeben zu sein scheint (hört, hört! links). Damals wurden schon die ländlichen und Bauarbeiter mit in den Antrag eingezogen. — Die Regierung sagt, sie will alle Arbeiter in die Versicherung aufnehmen, sie sei aber noch nicht in der Lage. Ihr heutiger Standpunkt ist auffällig, denn vor 2 Jahren war sie schon weiter, als heute. Das heutige Gesetz hat Gültigkeit nur für ein Fünftel, höchstens ein Viertel sämmtlicher Arbeiter. Man sagt, es sollen zunächst nur die Arbeiter mit großer maschineller Tätigkeit eingebettet werden — und da will man die Eisenbahnbau-Arbeiter ausschließen? Man hat den Privat-Versicherungsgesellschaften die große Zahl der Prozesse vorgeworfen — wie steht es denn aber mit dem Haftpflichtgesetz bei den Eisenbahnen? Beim Oberlandesgericht in Dresden sind in einem Jahre 18 Prozesse gegen den Staatsfiskus wegen Entschädigung angestrengt worden, welche fast sämmtlich für die Kläger günstig entschieden worden sind. Das zeigt doch klar, daß man den Eisenbahnbau-Arbeitern eine größere Garantie gewähren muß, als es jetzt das Haftpflichtgesetz und die Praxis ihrer Ausübung gewährt. Der Reichsstaat erklärt, er lege den Hauptmerk auf die Zustimmung der Arbeiter — nun, ich sage dem Herrn Reichskanzler, daß die Arbeiter diese Vorlage und besonders den S 1 durchaus nicht billigen — sie verstehen es nicht, wie man zwischen den einzelnen Arbeiter Unterschiede machen kann. Die Vorlage schließt die Stukateure und Anstreicher aus, die in der dritten Klasse der Geschäftlichkeit des Berufes stehen, ja selbst die Baulenkner, die der allgemeinste Klasse angehören. Wenn bei einem Bau bei dem gleichen Unglücksfälle Arbeiter verschiedener Kategorien verunglücken, dann bekommen die einen sofort Entschädigung und Unterstützung, die Stukateure, Anstreicher und Baulenkner aber nicht. Und das soll die Zustimmung der Arbeiter haben oder erhalten. — Der Redner der Nationalliberalen meinte, die Grenze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bei landwirtschaftlichem Betrieb liege sich nicht genau feststellen. Ich verweise ihn auf alle Kenner der Landwirtschaft, die ihm Unrecht geben werden. Bei der ersten Lesung trat Abg. Dr. Buhl mit der größten Entschiedenheit für die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter ein, heute aber ist er plötzlich anderer Meinung geworden. — Was die Zwangsberufungsgenossenschaft nützen wird, weiß man noch nicht, trotzdem vernichtet man die Privatversicherungsgesellschaften. Wird S 1 in dieser Fassung angenommen, so hat das einige Deutschland vier Rechtsklassen von Arbeitern: Arbeiter, für die die Unfallversicherung gilt, weiters die unter dem Haftpflichtgesetz stehenden, dann die, denen § 120 der Gewerbeordnung Schutz verleiht und viertens, die unter dem Code Napoleon stehenden! Alles spricht also dafür, daß der Versicherungskreis möglichst weit ausgedehnt wird: unsere Anträge kommen dieser Richtigkeit entgegen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Buhl: Es ist doch zweifellos, daß wenn das Gesetz Zwangsversicherung verlangt, es auch die Anstreicher zur Versicherung schaffen muß. Was die Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiten betrifft, so habe ich abweichend von meinen Parteigenossen in der Kommission dafür gestimmt, aber ich verstehe die Schwierigkeiten nicht, die darin liegen und die besonders darin bestehen, daß nüchtern so wenig, wie bei der Landwirtschaft, sich die Grenze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmen läßt. Mein Partei wird für den vom Abg. Barth und Genossen beantragten Zusatz stimmen, wonach Arbeiter und Betriebsbeamten, welche von einem Gewerbetreibenden mit Ausübung von Bauarbeiten beschäftigt werden, in das Gesetz einbezogen werden sollen. Wird dieser Antrag abgelehnt, so ersuchen wir Sie um Annahme unserer Anträge auf die Einbeziehung von Arbeitern auf Eisenbahn- und Wasserbauten, sowie von den von Schornsteinfegern beschäftigten Arbeitern in das Gesetz.

Minister v. Bötticher: Ich werde der Versuchung widerstehen, soweit zu geben, wie der Abg. Dr. Barth es gethan. Ich halte die Frage, auf welche Kategorien von Arbeitern das Gesetz sich erstrecken soll, für eine in sich abgeschlossene. Für die Kreise, welche S 1 bezeichnet, ist die Organisation, welche die Vorlage vorschlägt, zweidienlich. Ich verlange vom Abg. Barth nicht, daß er auf bloßen Glauben hin die Vorlage annehmen soll — ich freue mich jeder eingehenden Beratung und jeder Belehrung, wenn sie hinreichend fundamentirt ist. Das kann ich von den Ausführungen des Vorredners nicht behaupten. Er meinte, es gebe kein Handwerk, in welchem kein Unfall vorkommen könnte. Das ist doch wohl hyperbolisch; denken Sie sich z. B. einen Schneider, der zu ebener Erde sein Handwerk betreibt — er kann sich vielleicht mit der Nadel verletzen (Rufe: Nähmaschine!) oder mit der Nähmaschine, aber das ist doch nur ein untergeordneter Unfall. — Die Ausdehnung auf die Arbeiter der Eisenbahn- und Wasserbauten wird schwer angehen. Die Unfallversicherung soll sich nur wie das Haftpflichtgesetz auf stehende Gewerbe erstrecken — das sind Eisenbahn- und Wasserbauarbeiter, welche heute in Ostpreußen, dann in Elsass, dann wieder in Süden arbeiten. Wohl ist auch hier ein Bedürfnis vorhanden, es würde das aber eine gesetzliche Aenderung nötig machen, die jetzt nicht möglich ist. Wir haben jedoch die Absicht, Ihnen schon im nächsten Jahre eine Vorlage auf Versicherung der Bauarbeiter einzubringen. Auch sind wir mit dem Abg. Barth für Versicherung sämtlicher Arbeiter, nur aus Gründen der leichten Durchführbarkeit beschränken wir uns vorläufig auf die Kategorien, die im Haftpflichtgesetz geschaffen sind. — Lassen Sie uns schriftweise auf dieser Bahn weitergehen; qui va piano, va sano. (Beifall rechts.)

Abg. G. Rad (Elsach) erklärt sich entschieden gegen jede Reichsgarantie, die Industrie hätte selbst aufzubringen, was sie braucht.

Redner geht dann auf die elsässer Verhältnisse ein und spricht sich endlich für die Kommissionsvorlage aus.

Abg. Freiherr v. Ow: Meine politischen Freunde bedauern, den Abänderungsanträgen, welche sämmtlich vom reinsten Wohlwollen für die Arbeiter dictirt sind, nicht zustimmen zu können. Wir müssen erst abwarten, welche Erfahrungen mit dieser Vorlage in der Praxis gemacht werden, bevor wir die Sache noch komplizierter machen und alle Arbeiter in das Gesetz aufzunehmen. Dem Abg. Dr. Hirsch muß ich entgegnen, daß die Unterscheidung zwischen ländlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern doch nicht so leicht zu treffen ist, wie es nach seinen Ausführungen den Anschein hat.

Abg. Dr. Buhl: Abg. Dr. Hirsch hat mich misverstanden, ich habe erklärt, daß wir in erster Linie für den Antrag der deutschfreien Partei stimmen werden, daß unser Antrag nur ein Eventualantrag sein soll. Dabei aber muß ich durchaus stehen bleiben, daß wir, wenn eine so große kolossale Zahl von Arbeitern — 10 Millionen — versichert werden sollen, auch die Genossenschaften dazu geschaffen werden müssen. Auch darf man mir in Bezug auf die ländlichen Arbeiter nicht Inkongruenz vorwerfen, ich allein von meiner Partei habe für die Versicherung der ländlichen Arbeiter in der Kommission gestimmt.

Abg. Richter (Hagen): Ich will bei dem heutigen Stand der Beratung nicht auf die Versicherungsfrage eingehen, zumal Abg. Dr. Buhl vorhin einen Antrag zu S 9 in Aussicht gestellt hat. In der Kommission ist von den Nationalliberalen der Standpunkt der Zulassung der Privatversicherungsgesellschaften ausgegeben worden — ich will hoffen, daß die Partei des Abg. Buhl hier eine andere Haltung als in der Kommission einnehmen wird und daß der Antrag zu S 9 mehr zu bedeuten haben wird, als einst der Antrag über den Reservefonds.

Die Diskussion wird geschlossen, worauf Antrag Bebel gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und vereinzelter Mitglieder der freien Partei abgelehnt, ebenso werden sämtliche Anträge der Abg. Dr. Barth und Genossen zu Absatz 1 und 2 abgelehnt.

Doch wird der vom Abg. Dr. Buhl beantragte Zusatz „sowie von den von Schornsteinfegern beschäftigten Arbeitern“ unter großer Heiterkeit einstimming angenommen.

Abg. v. Malzahn-Güly: Auch meine Parteigenossen betrachten diese Vorlage nur als eine Abschlagszahlung. Wir wollen im gegebenen Momente jedoch hierbei stehen, da wir eingesehen, daß wir uns zur Zeit beenden müssen. Wir haben daher dem S 1 in einer Fassung zugestimmt, welche sowohl seitens der Regierungen, wie der Majorität des Hauses gewiß ist. Wir stehen mithin auf dem Boden der Kommissionsvorlage und werden gegen die eingebrochenen Anträge stimmen. Ich erkläre aber ausdrücklich meine und meiner

Parteigenossen Befriedigung über die Zustellung, daß die weitere Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter unablässlig angestrebt werden soll. Ob es möglich ist, die Land- und Forstwirtschafts-Arbeiter in dem Rahmen dieser Vorlage zu behandeln, ist doch zweifellos. Es scheint mir zweitmägiger, für diese Arbeiter eine andere Gesetzesbestimmung zu treffen; vor Allem müßte ja doch bei den ländlichen und Forstarbeitern die Berufsgenossenschaft anders als in dieser Vorlage, und zwar nach geographischen Gesichtspunkten abgrenzt werden. (Sehr richtig! rechts.) Redner vertheidigt dann unter Anführung des zweitmägigen Beispiele die Ausschließung der land- und forstwirtschaftlichen meist unter Absatz 1 fallenden Nebenbetriebe gegenüber der Regierungsvorlage. Ich glaube, Abg. Günther hat diese Worte „nicht unter Absatz 1 fallenden“ übersehen. Ich bitte Sie also um Annahme der Kommissionssätze. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Hirsch: Schon bei Beratung des Haftpflichtgesetzes votirten alle Parteien dieses Hauses auf Ausdehnung der Haftpflicht-Bestimmungen. Ich erinnere Sie an den ersten Antrag Buhl, welcher vom Antragsteller und seiner Partei sehr gut aufgegeben zu sein scheint (hört, hört! links). Damals wurden schon die ländlichen und Bauarbeiter mit in den Antrag eingezogen. — Die Regierung sagt, sie will alle Arbeiter in die Versicherung aufnehmen, sie sei aber noch nicht in der Lage. Ihr heutiger Standpunkt ist auffällig, denn vor 2 Jahren war sie schon weiter, als heute. Das heutige Gesetz hat Gültigkeit nur für ein Fünftel, höchstens ein Viertel sämmtlicher Arbeiter. Man sagt, es sollen zunächst nur die Arbeiter mit großer maschineller Tätigkeit eingebettet werden — und da will man die Eisenbahnbau-Arbeiter ausschließen? Man hat den Privat-Versicherungsgesellschaften die große Zahl der Prozesse vorgeworfen — wie steht es denn aber mit dem Haftpflichtgesetz bei den Eisenbahnen? Beim Oberlandesgericht in Dresden sind in einem Jahre 18 Prozesse gegen den Staatsfiskus wegen Entschädigung angestrengt worden, welche fast sämmtlich für die Kläger günstig entschieden worden sind. Das zeigt doch klar, daß man den Eisenbahnbau-Arbeitern eine größere Garantie gewähren muß, als es jetzt das Haftpflichtgesetz und die Praxis ihrer Ausübung gewährt. Der Reichsstaat erklärt, er lege den Hauptmerk auf die Zustimmung der Arbeiter — nun, ich sage dem Herrn Reichskanzler, daß die Arbeiter diese Vorlage und besonders den S 1 durchaus nicht billigen — sie verstehen es nicht, wie man zwischen den einzelnen Arbeiter Unterschiede machen kann. Die Vorlage schließt die Stukateure und Anstreicher aus, die in der dritten Klasse der Geschäftlichkeit des Berufes stehen, ja selbst die Baulenkner, die der allgemeinste Klasse angehören. Wenn bei einem Bau bei dem gleichen Unglücksfälle Arbeiter verschiedener Kategorien verunglücken, dann bekommen die einen sofort Entschädigung und Unterstützung, die Stukateure, Anstreicher und Baulenkner aber nicht. Und das soll die Zustimmung der Arbeiter haben oder erhalten. — Der Redner der Nationalliberalen meinte, die Grenze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern bei landwirtschaftlichem Betrieb liege sich nicht genau feststellen. Ich verweise ihn auf alle Kenner der Landwirtschaft, die ihm Unrecht geben werden. Bei der ersten Lesung trat Abg. Dr. Buhl mit der größten Entschiedenheit für die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter ein, heute aber ist er plötzlich anderer Meinung geworden. — Was die Zwangsberufungsgenossenschaft nützen wird, weiß man noch nicht, trotzdem vernichtet man die Privatversicherungsgesellschaften. Wird S 1 in dieser Fassung angenommen, so hat das einige Deutschland vier Rechtsklassen von Arbeitern: Arbeiter, für die die Unfallversicherung gilt, weiters die unter dem Haftpflichtgesetz stehenden, dann die, denen § 120 der Gewerbeordnung Schutz verleiht und viertens, die unter dem Code Napoleon stehenden! Alles spricht also dafür, daß der Versicherungskreis möglichst weit ausgedehnt wird: unsere Anträge kommen dieser Richtigkeit entgegen. (Beifall links.)

Abg. G. Rad (Elsach) erklärt sich entschieden gegen jede Reichsgarantie, die Industrie hätte selbst aufzubringen, was sie braucht. Redner geht dann auf die elsässer Verhältnisse ein und spricht sich endlich für die Kommissionsvorlage aus.

Abg. Dr. Buhl: Abg. Dr. Hirsch hat mich misverstanden, ich habe erklärt, daß wir in erster Linie für den Antrag der deutschfreien Partei stimmen werden, daß unser Antrag nur ein Eventualantrag sein soll. Dabei aber muß ich durchaus stehen bleiben, daß wir, wenn eine so große kolossale Zahl von Arbeitern — 10 Millionen — versichert werden sollen, auch die Genossenschaften dazu geschaffen werden müssen. Auch darf man mir in Bezug auf die ländlichen Arbeiter nicht Inkongruenz vorwerfen, ich allein von meiner Partei habe für die Versicherung der ländlichen Arbeiter in der Kommission gestimmt.

Abg. Richter (Hagen): Ich will bei dem heutigen Stand der Beratung nicht auf die Versicherungsfrage eingehen, zumal Abg. Dr. Buhl vorhin einen Antrag zu S 9 in Aussicht gestellt hat. In der Kommission ist von den Nationalliberalen der Standpunkt der Zulassung der Privatversicherungsgesellschaften ausgegeben worden — ich will hoffen, daß die Partei des Abg. Buhl hier eine andere Haltung als in der Kommission einnehmen wird und daß der Antrag zu S 9 mehr zu bedeuten haben wird, als einst der Antrag über den Reservefonds.

Die Diskussion wird geschlossen, worauf Antrag Bebel gegen die Stimmen

Nicht auf Betriebsbeamte mit einem 2000 M. übersteigenden Jahresarbeitsverdienst erfreut werden kann. In diesem Falle ist bei der Feststellung der Entschädigung der volle Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen.

Abg. Eysoldt befürwortet den vom Abgeordneten Dr. Barth und Gossen gestellten Antrag, dem § 2 folgenden zweiten Absatz hinzuzufügen:

"Unternehmer der nach § 1 verpflichteten Betriebe sind berechtigt, sich nach Maßgabe dieses Gesetzes mit einem Jahresvertrag bis zu 2000 M. zu schern."

Unter Ablehnung dieses Antrages werden die §§ 2 und 3 in der Fassung der Kommissionsvorlage angenommen, worauf das Haus sich verzagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Taue-Druck: Uebereinkunft mit den Niederlanden betr. den Schutz des geistigen Eigentums, Urfasservertrag-Vorlage.

Schluss 4 Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 16. Juni. Es ist kein Zweifel mehr darüber möglich, daß auf das ernsthafte an der Wiederherstellung der umfassenden schützöllnerischen Koalition gearbeitet wird, welche vor fünf Jahren den jetzt geltenden Zolltarif zu Stande gebracht hat; nur daß diesmal die Initiative, welche 1879 von den Industriellen ausgegangen war, von den Agrariern ergriffen worden ist, obgleich dieselben bis zu diesem Augenblick offiziell mit ihren Forderungen noch nicht aufgetreten sind, sondern das Geschäft durch eine industrienschützöllnerische Pänkeli haben eröffnen lassen; der Schachtplan ist nichtsdestoweniger vollkommen durchsichtig. Die im Bundesrat ursprünglich eingebrachte Vorlage über die Zollerhöhung für Champagner, Spizen und dergl. hat nur einen Rahmen abgegeben, dessen Herstellung sich seitens der Reichsregierung bequem rechtfertigen ließ, weil man für die höhere Belastung derartiger Luxusartikel immer bei der großen Menge auf eine gewisse Sympathie rechnen kann; die Hauptsache sollten und werden aber diesmal in jedem Betracht die Amedements sein. Schön das im Bundesrat eingebrachte betreffs der Erhöhung der Garnzölle übertrifft an Bedeutung bei weitem die Gesamtheit der ursprünglichen Vorschläge und im Reichstag wird alsbald der konserватiv-klerikale Antrag auf Erhöhung, und zwar mindestens Verdoppelung der Kornzölle folgen. An der Zustimmung der Regierung zu derselben besteht nicht der geringste Zweifel — hat Fürst Bismarck doch erklärt, daß er jeder Zollerhöhung zustimme und jeder Zollherabsetzung widerstreiche. Aber der gewählte modus procedendi hat für die Regierung den großen Vorzug, daß dieselbe einen Vorschlag, wie die Erhöhung der Kornzölle, nicht zu begründen braucht, wie sie es möchte, wenn sie selbst ihn mache: sie wird nur eventuell einem Besluß des Reichstags Folge geben und auf diese Weise sogar einem Theil des gerade mit dieser Zollerhöhung verbundenen Dokums entgehen, während sie im Falle der Ablehnung des Antrags seitens des Reichstags sich keine Niederlage zusieht. Es fragt sich, wie es in letzterer Beziehung steht. Der Versuch, eine ähnliche Interessen-Koalition außerhalb des Parlaments zu Stande zu bringen, wie sie 1879 die Befürchtung des Tarifs bewirkte, wird in Folge der wiederholten im jetzigen Reichstag gemachten Erfahrung, daß vereinzelte schützöllnerische Anträge in demselben nicht durchzusetzen sind, unternommen: es soll die Wucht so starker kombinierter Interessen auf den Reichstag wirken, daß dem neuen schützöllnerischen Vorgehen das Schicksal der Vorlage wegen Erhöhung der Holzzölle oder des Antrags auf einen Schieferzoll erspart bleibt. Gelingt es eine solche Koalition zu Stande zu bringen, so hat man noch eine ganze Anzahl Amedements zu erwarten, so daß die Vorlage wegen Zollerhöhung für Spizen, Champagner, Ultramarin &c. schließlich sich wie eine allgemeine Revision des Zolltarifs annehmen würde. Vorerst handelt es sich noch daran zu zweifeln, daß dieses Ziel erreicht wird. Der bei weitem mächtigste Faktor der Koalition von 1879, die Eisenindustrie, ist allem Anschein nach für die neue Koalition nicht zu haben, da man Angesichts der in dieser Industrie herrschenden Überproduktion keine neuen Zollerhöhungen zu wünschen scheint; um so weniger wird man sich in den leitenden Kreisen der Eisenindustrie über die Gefahr täuschen, welche für diese, wie für jeden anderen großen Industriezweig, im Falle einer beständig möglichen, natürlichen Steigerung der Getreidepreise aus dem Bestehen erheblicher Getreidezölle sich ergeben würde. Auch zahlreiche andere Industrien sind durch den Tarif von 1879 befriedigt und fürchten von abermaligen Erhöhungen einen Rückfall; so wird es wohl nicht gelingen, eine ähnliche Situation, wie 1879, zu schaffen, aber die Möglichkeit einzelner Erhöhungen besteht trotzdem.

Ein parlamentarischer Korrespondent der "Nat.-Btg." glaubt mit Bestimmtheit versichern zu können, daß der Kaiser dem Wunsch des Fürsten Bismarck, von dem Posten des preußischen Ministerpräsidenten entthoben zu werden und diesen Posten eingehen zu lassen, nicht entsprochen habe; es werde in dieser Beziehung keine Aenderung eintreten. Derselbe Korrespondent berichtet, daß mit der Wiederbelebung des Staatsrates eine Mehrbelastung des preußischen Staatshaushalts verbunden sein und die nächste Landtagssession daher mit der Staatsrats-Angelegenheit beschäftigt werden wird.

Dem Vernehmen der "Germania" nach ist auch der Bischof von Fulda zum Mitglied des Staatsrates ernannt worden. Die "Börsen-Btg." nennt ferner Herrn G. H. Rath Mendelsohn als Mitglied des Staatsrates. Das Anschreiben, welches den betreffenden Herren die erfolgte Berufung angezeigt, ist unterzeichnet: Der Vizepräsident des Staatsministeriums. v. Puttkamer.

Im Reichstage erwartet man die Beendigung der Beurteilung des Unfallversicherungsgesetzes bis Freitag. Der vom Abg. Buhl angestellte Antrag bezüglich der Privatversicherung ist anscheinend die Wiederholung des Antrags Brikken, die Rückversicherung der Genossenschaften bei Privatgesellschaften zuzulassen.

Die Gesetzentwürfe betr. die Abänderung des Zolltariffs vom 15. Juli 1879 und betr. die Besteuerung des Zunders sind dem Reichstag zugegangen; der Gesetzentwurf betr. die Abänderung des Reichsstempelsteuergesetzes wird in einigen Tagen nachfolgen. In Folge einer Anregung des Abg. Richter hat der Präsident die Berufung des Seniorenlöwen zugelassen, welcher sich über die Geschäftslage bzw. über die Möglichkeit der Erledigung der dem Reichstage gemachten Vorlagen schlüssig machen soll.

Die Budgetkommission ist für Dienstag zur Berathung der Postabstimmung vorbereitet.

Am gestrigen Tage war, wie die "Börs. Btg." hört, der Geh. Kommerzienrat Mendelsohn zu einer Unterredung zu dem Reichskanzler Fürsten Bismarck berufen worden, bei welcher es sich in erster Reihe um eine Befreiung des neuen Stempelsteuer-Gesetzentwurfs handelte. Bemerkenswert ist, daß der Reichskanzler erklärt, er lege nur geringen Wert auf die Annahme des Gesetzes und glaube auch kaum, daß dasselbe noch in dieser Session zur Erledigung gelangen werde. Befremdlich erscheint es ihm jedoch, daß gerade von Seiten kommerzieller Kreise ihm bei jeder Gelegenheit so heftige Opposition entgegengebracht werde.

Der Wahlkampf im Wahlkreise Lüben-Bunzlau ist unter für die Freisinnigen höchst ungünstigen Umständen erfolgt, so daß dieselben ihre Hoffnungen nicht weiter ausdehnen, als daß sie ihren Kandidaten in die Stichwahl bringen würden. Das Resultat ist aber so über alles Erwarten gut ausgefallen, daß man dasselbe unter diesen Umständen als einen glänzenden Sieg bezeichnen muß. Bezeichnend für diese Wahl ist besonders, daß die freisinnige Partei siegte, obgleich ihre Gegner unter der falschen, von ihnen aber als verloren betrachteten Flagge einer gemäßigten Mittelpartei kämpften. Es war dabei besonders auf die Gewinnung der früheren Nationalliberalen abgesehen. Nur im Kreise, wie namentlich in der Stadt Bunzlau, scheint, wenn man die jetzigen Ergebnisse mit den früheren vergleicht, ein Theil der nationalliberalen Wähler für den konservativen Kandidaten gewonnen zu sein. Im Kreise wie in der Stadt Lüben ist aber das Resultat eindeutig günstiges, daß man annehmen muß, daß alle hier früher nationalliberalen Stimmen sich von vornherein mit den Freisinnigen vereinigt haben. Erfreulich ist besonders, daß der Sieg in einem reichlich zu $\frac{1}{4}$ ländlichen Wahlkreis erzielt ist, und daß in demselben die zuerst aufgezogene Fahne der Vereinfachung der Getreidezölle von den Konservativen zum Schlusse eingezogen wurde, weil sie ihnen nicht Vorteil, sondern Nachteil gebracht hatte. Die freisinnige Partei darf mit dem ersten Wahlkampf, den sie als solche gehabt, wohl zufrieden sein.

Nürnberg, 15. Juni. An dem nationalliberalen Parteitag, welcher heute unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Wiesener hier abgehalten wurde, nahmen 800 Personen Theil. Die angenommenen Resolutionen schließen sich an die Heidelberg und Berliner Erklärungen an. Es wurde ein Landesausschuß gewählt und konstituiert und damit eine "Rechtsrheinische bayerische nationalliberale Partei" gebildet.

Wien, 16. Juni. Der "Polit. Korresp." zufolge haben die Regierungen von Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland auch der serbischen Regierung offiziell ihre guten Dienste in dem Konflikte mit Bulgarien angeboten. Die serbische Regierung habe dieses Anerbieten dankend angenommen.

West, 16. Juni. Soweit bis jetzt bekannt sind gewählt: 182 Liberale, darunter der Finanzminister Graf Szapary und der Staatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten v. Barók, 51 Kandidaten der gemäßigten Opposition, 57 Unabhängige, 12 Kandidaten der nationalen Partei, 14 Antisemiten und 10 keiner bestimmten Partei Angehörige.

Madrid. In der Marokkanischen Frage beginnt sich jetzt auch Spanien zu regen. Wie dem "Standard" aus Wien gemeldet wird, hat das Madrider Kabinett Unterhandlungen mit Italien, Deutschland und England eingeknüpft, um eine gemeinsame Aktion anzubahnen. Der Groß-Sheriff, der jüngst das französische Bürgerrecht erwarb und sich unter französischen Schutz stellte, soll beabsichtigen, einen Aufstand gegen den Sultan zu organisieren und so der französischen Intervention den Weg zu bahnen. Spanien will nun diesen angeblich von dem französischen Gesandten M. Ortega geplanten Intrigen wirksam entgegen arbeiten, weshalb es sich der Mithilfe der Mächte zu versichern sucht. — In Italien bewegt die Marokkanische Frage stark die Gemüther, man spricht davon, Mancinis, des Ministers des Äußeren Stellung soll erschüttern sein; die Gerüchte über eine Flottendemonstration werden offiziös dementiert.

London, 16. Juni. Im Oberhause erklärte der Staatssekretär für Indien, Earl of Kimberley, daß die Unterhandlungen mit Frankreich jetzt zu einem Abkommen geführt hätten, das den übrigen Mächten sofort mitgetheilt werde. Dem Parlamente könne er eine Mittheilung darüber nicht eher machen, bis die Mächte Gelegenheit gehabt hätten, das Arrangement zu erwägen. Vorausichtlich werde die Mittheilung an das Parlament am nächsten Montag erfolgen. — Im Unterhause erklärte der Staatssekretär Lord Fitzmaurice, der Konsulargehilfe Egerton habe heute telegraphiert, daß die Generäle Wood und Stevenson die Nachricht von dem Falle Barber jetzt für richtig halten. Ferner teilte der Staatssekretär mit, daß die Unterhandlungen mit Portugal in Bezug auf den Kongo-Vertrag noch fortduerten. Der Premier Gladstone gab in Bezug auf die Unterhandlungen mit Frankreich Erklärungen ab, welche denjenigen des Earl of Kimberley im Oberhause entsprachen.

Unterdessen gestaltet sich die Situation in Egypten immer kritischer. Der Fall von Berber ist zur thätsächlichen Gewißheit geworden. Der Korrespondent der "Times" meldet aus Korosko unter dem 13. d. M., daß er mit dem Sohne des Gouverneurs von Berber und einem Araber gesprochen,

welcher behauptet, der einzige Überlebende der Garnison von Berber zu sein. Der Araber schätzt die Zahl der Rebellen auf 45 000. Der Gouverneur, Hussein Pascha Khalifa, wurde verwundet und grausam behandelt. Der Mahdi soll mit 35 000 Mann auf Dongola marschieren, welches er noch vor dem 25. Juni einzunehmen hofft. Fällt aber Dongola, so ist nach dem Urtheile genauer Kenner der egyptischen Verhältnisse die Invasion Egyptens unvermeidlich. In der "Times" wird in dieser Beziehung auf das "maßgebende" Urtheil des Majors Ritchener Bezug genommen. Derselbe äußerte sich, wie folgt:

"Ich glaube, daß eine Invasion Egyptens unvermeidlich ist, wenn Dongola fällt. Dies würde nach dem Ramadhan geschehen. Ich würde keine Anstrengung sparen, um Dongola zu halten, da andernfalls der Mahdi in Egypten ein dringen kann, ohne Afrika zu berühren, wo überdies die Vertheidigung sehr schwer sein würde. Der Mahdi hat erklärt, er wolle seine nächste Pilgerfahrt nach Mecka von Kairo aus antreten." Major Ritchener fügte hinzu: "Ich finde die Lage weit kritischer, als ich bei meiner Ankunft glaubte. Wenn die britischen Truppen nach Suakin und Berber gehen, so können sie Khartum etwa in derselben Zeit erreichen, wo der Mahdi von Kairo erscheint. Die britischen Truppen sollten diese Route einschlagen. Wenn angekündigt würde, daß mir britische Truppen nachfolgen, könnte ich mich nach Abu-Hamed begeben; im anderen Falle kann ich dies nicht thun."

Der politische Fehler, den sich England von vornherein in der Unterschätzung der Bewegung im Sudan hat zu Schulden kommen lassen, würde durch diese angekündigten Konsequenzen grell illustriert werden.

London, 13. Juni. Im Ostende von London wurde am Mittwoch Abend eine Massenversammlung von Arbeitern abgehalten, welche den Zweck hatte, gegen das ausländische Zuckerprämienystem zu protestieren und dessen nachteilige Wirkungen auf Englands heimische und koloniale Industrie darzutun. Das Meeting war von dem nationalen Arbeiterverein für die Abholzung der ausländischen Zuckerpriämen einberufen worden. Der Tory-Deputierte Ritchie (Vertreter des londoner Wahlbezirks Tower Hamlets), welcher den Vorsitz führte, wies in seiner Ansprache auf die belästigende Lage der englischen Zuckerdustrie hin und behauptete, daß fast sämtliche Zuckarfaktanten in England mit starken Verlusten arbeiten. Die Zuckerpflanzengäste in Westindien könnten nicht länger mit dem ausländischen Rübenzucker konkurrieren und wenn die Regierung nicht unverzüglich Schritte thue, um dem Nebel abzuheben, müßte die Zuckerdustrie im Innlande gänzlich zu Grunde gehen. Ein anderer Redner, Mr. G. Potter, der sich als Freihändler bezeichnete, betonte die Notwendigkeit für eine sofortige Opposition gegen das Prämienystem und erwähnte beiläufig, daß der Konsum von Rübenzucker in England seit 1862 um 45 Proz. gestiegen sei. Die Einführung von Retorsionszöllen wurde allgemein als das beste Mittel bezeichnet, dem Prämienystem Deutschlands und Frankreichs wirksam entgegenzutreten. Schließlich wurden einige Resolutionen sensationeller Natur gesetzt gegen die fortgesetzte Veräusserung britischer Arbeiter durch das schändliche Prämienystem des Auslandes und das "unpatriotische Verhalten des britischen Handelsamtes, welches freunden Staaten gestattet, den britischen Arbeiter zu Grunde zu richten."

London, 14. Juni. Die größten Vorfälle sind am Freitag während der letzten Tage getroffen, um die Regierungsbürokratie in Whitehall (London) vor den Gewaltthäten der Dynamitverbrecher zu schützen. Eine dunkle Passage, die zu dem rückwärtigen Eingang des auswärtigen Amtes führt, wurde vermauert und ebenso der Eingang zu dem Untergeschoss im Schatzamt mit Holzwerk verschlossen. Die sämtlichen Regierungsbürokratie sind Tag und Nacht vor einer Kette von Wachposten umschlossen. — In der Nähe von Pinouth stand am Donnerstag ein Knabe eine Bleidose am Meeresufer. Er hob dieselbe auf, warf sie aber auf den Rath eines Mannes wieder in das Wasser. Die Dose traf dabei eine Mauer, und als sie in das Wasser fiel, fing ihr Inhalt mit einer rothlichen Flamme zu brennen an. Es war eine Art griechischen Feuers, und der Hund hat, da er in der Nähe mehrerer vor Anker liegender Kriegsschiffe geschah, großes Aufsehen erregt. Eine strenge Durchsuchung des Hafens wurde angeordnet, da man glaubt, daß es sich um ein feindliches Attentat handelt.

New-York, 13. Juni. Die Kongo-Frage, insofern sie die Anerkennung der Flagge der "Afrikanischen Gesellschaft" durch die Vereinigten Staaten betrifft, bildet den Gegenstand bitterer Erörterungen zwischen den zwei großen New Yorker Blättern "Tribune" und "Herald". Erstere Blatt erhob gegen die Bundesregierung den Vorwurf, sie habe voreilig gehandelt, indem sie jene Anerkennung ausgesprochen. Der "Herald" aber nimmt die Regierung in Schutz und sagt, dieselbe habe sehr Recht gehabt, als sie, im vollsten Einvernehmen mit dem Senat, die erste Gelegenheit ergriff, dem Kongo-Gebiet den Status der Neutralität und der Handelsfreiheit für alle Völker aufzubräuchen, so zwar, daß jeder Rechtsnachfolger der "Afrikanischen Gesellschaft" in ihren Besitzungen am Kongo, Dank der weisen und beschleunigten Handlungsweise der Unionregierung, an diese Kardinal-Grundsätze gebunden sei. Der "Herald" (dessen einfließiger Mitarbeiter Stanley Kandidat um die Präsidentschaft des neuen Kongo-Freistaates ist) wirft der "Tribune" vor, sie würde es gern sehen, wenn die großen, unausgebeuteten Kongo-Regionen einer Nation (Frankreich) zufielen, an welche dann Amerika für seine Erzeugnisse Zoll zahlen müßte, während dieses selbst doch, im Hinblick auf Stanley's Entdeckungsreisen mehr Anspruch als jedes Land auf den Kongo hätte.

Locales und Provinzielles.

Posen, 17. Juni. d. [Vom 1. Verlauf der Frohlehnamsprozessionen] am Sonntage ist der "Kuryer Poznański" sehr bestiedigt und sagt:

"Mit Anerkennung verzeichnen wir es, daß während der feierlichen Zeremonien an den vier Altären Niemand auf dem Trottoir vor den Altären ging, wie dies in früheren Jahren geschah, wo wir Zeugen waren, wie Personen mit Hüten auf dem Kopfe und mit Zigarren im Munde vorübergingen. Es scheint, daß sowohl für Katholiken, als auch für Andersgläubige und die Polizei solche Achtung des öffentlichen Gottesdienstes weit vortheilhaft ist, als die frühere Gezeuge und das Anreiten mit Pferden. Auch das Militär hatte wohl den Befehl erhalten, in Nichts die Gefühle der katholischen Bevölkerung zu verletzen. Die Katholiken verstecken es, diese Rücksichtnahme der Behörden zu schämen und sind für dieselbe aufrichtig dankbar."

d. Besitzveränderung. Das Grundstück Jesuitenstraße 9, bisher dem Abothefer Gadeburg gehörig, ist für 42 000 M. in den Besitz des Schuhmachermeisters Barber übergegangen.

Wollmärkte.

Stettin, 16. Juni. Die Zufuhren zu dem heute hier stattfindenden Wollmarkt sind nur klein. Die Wäsche ist beständig aus-

Produkten-Börse.

Berlin, 16. Juni. Wind: NW. Wetter: Veränderlich. Anscheinend beeinflusst von dem wenig freundlichen Wetter nahm der heutige Markt für alle Artikel festen Verlauf.

Loko-Woizen füll. Für Termine bestand unter dem Eindrucke der teilweise merklich stärkeren Berichte von auswärts mäßiger Begehr, welcher sich den durchgängig erhöhten Forderungen willig stellte, obwohl die ziemlich umfangreichen Kanaladvise eher das Gegenteil hatten vermuten lassen. Überdies wurde die Gelegenheit billiger Prämienfälle manigfach zu räumen benutzt, so daß der Markt mit etwa 1 Mark höheren Kurien fest schloß.

Loko-Rogggen hatte schwachen Verkehr zu festen Preisen. Im Terminhandel herrschte feste Stimmung. Es lagen verschiedentlich Kaufordnungen für spätere Sichten, anscheinend hauptsächlich vom Rhein, vor, deren Ausführung nur zu erhöhten Kurien ermöglicht werden konnte. Vorübergehend war dann die Haltung schwächer in Folge von Verkäufen auf einen Türkendampfer, welcher (per Juni-Juli a. St.) 129 Mark cif. Hamburg verschlossen wurde. Die Besserung betrug schließlich knapp 1 Mark.

Loko-Hafer gut behauptet. Termine fest. **Rogggen** mehl. merklich teurer und recht lebhaft. Disponibile Waare ist rege begehr. **Maiss** füll. **Rübsöl** und **Petroleum** bei nominell unveränderten Preisen fast geschäftlos. **Spiritus** unter Schwankungen durchgängig 30—40 Pf. theurer bezahlt. Effektive Waare fand, trotz reicher Zufuhr der für Termine herrschenden Festigkeit schlanken Verlauf zur (erhöhten) Notiz.

(Amittei.) **Weizen** per 1000 Kilogramm loko 165—205 M. nach Qualität, gelbe Lieferungsqualität 170 M., per diesen Monat —, per Juni-Juli —, per Juli-August 172—172,5 M. b. —, per August-September —, per September-Oktober 176—176,5 b. —, per Oktober-November 177 b. —. Gefündigt 1000 Bentner. Kündigungspreis 171 M.

Rogggen per 1000 Kilogramm loko 141—155 nach Qualität, Lieferungsqualität 146 Mark, russischer 146 M. ab Boden bezahlt, inländischer — ab Bahn bez., hochfeiner — M. per diesen Monat — M. bez., per Juni-Juli 146—146,5—146—146,5 bez., per Juli-August 145—145,5—145,5—145,5 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 145,5—145,5—144,75—145,5 bez., per Oktober-November 145,5—145,5—145—146,5 bez., Gefündigt 1000 Bentner. Kündigungspreis 146,5 M. Durchschnittspreis — M.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 140—200 M. nach Qualität bez., Futtergerste — Mark ab Kahn bez.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 140—175 na. b. Qual., Lieferungsqualität 140,5 M., russischer mittel 140—146 ab Bahn und Boden bez., guter 148—156 ab Bahn und Boden bez., feiner 158 bis 162 ab Boden und Bahn bez., böhmischer — ab Kahn bez., per diesen Monat 142 Br., 141 Cd., per Juni-Juli 138,5—139 bez., per Juli-August 135,5—135,5 bez., per August-September — bez., per September-Oktober 134 nom. Gefündigt — Bentner. Kündigungspreis — M.

Mais loko 128—134 Mark bez. nach Qualität, per diesen Monat — bez., Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mark. Durchschnittspreis 126,5 M.

Erbien Kochwaare 180—230. Futterwaare 160—173 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. **Loko** 21,25—22,25 M. nach Qualität bez., per diesen Monat u. per Juni-Juli 21 M., per Juli-August 21,25 M., per August-September — M., per Sept.-Okt.-Oktober — M. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M. Durchschnittspreis — M.

Trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm brutto incl. Sad. **Loko** 20,75 M., per diesen Monat 20,75 M., per Juni-Juli 20,75 M., per Juli-August 21,00 M., per August-September — M., per Sept.-Okt.-Oktober — M. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — M.

Rogggenmehl M. — und — per 100 Kilogramm unverändert.

int. Sad. per diesen Monat, Juni-Juli und Juli-August 20—20,10 August-September — M. bezahlt, September-Oktober 19,95—20,05 bez. Gefündigt 500 Bentner. Kündigungspreis 20,05 Mark. Durchschnittspreis — M.

Weizenmehl Nr. 0 26,00—24,75, Nr. 0, 24,50—22,75, Nr. 0 u. 1 22,00—21,00. **Rogggenmehl** Nr. 0 22,50—20,50, Nr. 0 u. 1 20,25 bis 17,50 M.

Rübsöl per 100 Kilogramm loko mit Fas — M., ohne Fas 55,6 M., per diesen Monat 55,9 Mark, abgelaufene Anmeldungen —, per Juni-Juli 55,6 M., per Juli-August — bez., per August-September — Mark, per September-Oktober 53,7 bez., per Oktober-November 53,9 bez., November-Dezember 54,1 Mark bez.

Petroleum, raffinées (Standard white) per 100 Kilogr. mit Fas in Posten von 100 Str. loko — M., per diesen Monat 23,5 M., per September-Oktober 23,5 M., per Oktober-November — M.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 vSt. = 10,000 Liter vSt. **Loko** ohne Fas 51,3 bez., loko mit Fas — bez., per diesen Monat, per Juni-Juli und per Juli-August 51,6—51,7—51,4 bez., per August-September 52—52,2—51,8—52 bez., per September-Oktober 51—50,8 bis 51,1—51 bez., per Oktober-November 50,4 M. bez., per November-Dezember 49,6—49,5 bez., Gefündigt 1000 Liter. Kündigungspreis 51,5 Mark.

Bromberg, 16. Juni. (Bericht der Handelskammer). **Weizen** unveränd., hochwertig und glasig seiner 190—195 Mark, abfallende Qual. 170—185 Mark, geringer mit Auswuchs 150—160 Mark. — **Rogggen** ruhiger, loko mländ. seiner 148—150 M., abfallende Qual. 145—147 M.

Gefüre nom. **Kochwaare** 160—165 M., große und kleine Futtergerste 145—155 Mark. — **Hafer** loko fest, je nach Qualität seiner 150 bis 155 Mark. — **Erbien** unverändert. **Kochwaare** 170—180 Mark, Futterwaare 150—158 Mark. — **Rübsen** und **Raps** ohne Handel. — **Spiritus** niedriger, pro 100 Liter à 100 Prozent 51,00 Mark — Nutz 205,00 Mark.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 16. Juni. Die heutige Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung, jedoch mit etwas ermäßigten Coursen, die geschäftlichen Umsätze waren auf allen Gebieten höchst unbedeutend, selbst eine in zweiter Stunde durch schwache parter Coursmeldung veranlaßte Abschwächung brachte keinen größeren Verkehr.

Die Kassawerte waren ziemlich fest bei geringen Veränderungen.

Der Privatdiskont erhielt sich auf 2% vSt.

Umrechnungssätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Francs = 80 Mark. 1 Gulden österl. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Guineen holl. Währung = 170 Mark.

1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Auf dem Markte der internationalen Spielwerke entwickelte sich einiges Geschäft in Kreditaktien, die unter ihren Gründungsstocks herabgingen. Franzosen, Lombarden sowie andere fremde Eisenbahnen waren still und etwas niedriger.

Fremde Fonds waren im Ganzen fest. Russische Anleihen notierten etwas höher bei guten Umsätzen. Ungarische Renten still, Italiener behauptet.

Deutsche und preußische Staatsfonds erhielten sich in guter Festigkeit bei normalem Geschäft. Von inländischen guten Prioritäten waren 3% und 4% Proz. Stücke in Frage.

Der Bankenmarkt hielt sich im Allgemeinen ziemlich fest, Diskonto und Deutsche Bank waren etwas ermäßigt, der Umsatz nicht bedeutend.

Vom Industriemarkt sind Coursveränderungen kaum zu nennen.

Der Montanmarkt war gleichfalls still. Laura und Dortmund abgedämmt und angeboten.

Inländische Bänken waren ebenfalls im Ganzen billiger erhältlich. Die Umsätze bewegten sich in Marienburger und Mainzern auch nur in mäßigen Grenzen.

Wechsel-Kurse.

Ausländische Fonds.	
Amsterdam 100 fl. 8 T. 3	New York. St.-Anl. 6 1,625 G
Brüssel u. Antwerpen 100 fl. 8 T. 3	do. do. 7
London 1 Lit. 8 T. 2	Finnland. Loope 48,40 bG
Paris 100 fr. 8 T. 3	Stallentische Rente 96,10 bG
Wien, östl. Bähr. 8 T. 4	Dest. Gold-Rente 4 85,90 B
Petersb. 100 R. 8 T. 6	Papier-Rente 4 67,40 B
Warich 100 R. 8 T. 6	do. do. 5 80,20 G

Geldsorten und Banknoten.

Wechsel-Kurse.	
Sovereigns v. St.	20,38 bG
20-Francs-Südl.	16,24 bG
Dollars v. St.	16,24 bG
Imperials pr. St.	20,44 bG
Engl. Banknoten	81,10 bG
Franz. Banknoten	168,35 bG
Oesterl. Banknoten	206,25 bG

Binsfud der Reichsbank.

Wechsel 4 vSt. Lombard 5 vSt.	
Fonds- und Staats-Papiere.	
Dtch. Reichs-Anl. 4	103,20 bG
Kön. Preuß. Anl. 4	103,00 bG
do. do. 4	103,10 bG
Staats-Anleihe 4	101,50 bG
Staats-Schuldch. 3	99,90 bG
Kurz- u. Neum. Schlo. 3	99,00 G
Berl. Stadt-Oblig. 4	101,70 bG
do. do. 4	101,60 bG
do. do. 3	98,00 G
Binsfud der Reichsbank.	
Banknoten.	
Reichs. 100 fl. 8 T. 3	20,38 bG
20-Francs-Südl.	16,24 bG
Dollars v. St.	16,24 bG
Imperials pr. St.	20,44 bG
Engl. Banknoten	81,10 bG
Franz. Banknoten	168,35 bG
Oesterl. Banknoten	206,25 bG

Banknoten.

Banknoten.	
Soovereigns v. St.	20,38 bG
20-Francs-Südl.	16,24 bG
Dollars v. St.	16,24 bG
Imperials pr. St.	20,44 bG
Engl. Banknoten	81,10 bG
Franz. Banknoten	168,35 bG
Oesterl. Banknoten	206,25 bG

Banknoten.

Banknoten.	
Soovereigns v. St.	20,38 bG
20-Francs-Südl.	16,24 bG
Dollars v. St.	16,24 bG
Imperials pr. St.	20,44 bG
Engl. Banknoten	81,10 bG
Franz. Banknoten	168,35 bG
Oesterl. Banknoten	206,25 bG

Banknoten.

Banknoten.	
Soovereigns v. St.	20,38 bG
20-Francs-Südl.	16,24 bG
Dollars v. St.	16,24 bG
Imperials pr. St.	20,44 bG
Engl. Banknoten	81,10 bG
Franz. Banknoten	168,35 bG
Oesterl. Banknoten	206,25 bG

Banknoten.

Banknoten.	
Soovereigns v. St.</	